

Die Vorsitzende der afghanischen Menschenrechtskommission sprach in Schaffhausen

Sima Samar hat andere Sorgen

Kein Wort von Minaretten, kein Wort von der politischen Schweiz. Die Vorsitzende der afghanischen Menschenrechtskommission, die Ärztin und Politikerin Sima Samar, hat andere Sorgen. Im Rahmen der Menschenrechtstage sprach sie in Schaffhausen über die Lage der Frauen in ihrer Heimat.



Sima Samar (von rechts) mit Ulla Bachmann (Mitte) und Verena Frauenfelder.

Foto: Peter Pfister

■ Praxedis Kaspar

Am Tag, als US-Präsident Barack Obama seine neue Afghanistan-Strategie vorstellte, sprach Sima Samar an der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen über die Menschenrechte in ihrer Heimat. Sie war dieses Jahr wie Obama für den Friedensnobelpreis nominiert. Während aber Obama Krieg führen muss, engagiert sich die Ärztin, die vor Jahren als erste Frau aus der Bevölkerungsgruppe der Hasara einen akademischen Titel erwarb, für Demokratie – was oft gleichbedeutend ist mit Frauenrechten. Sima Samar ist befreundet mit der Schaffhauser Menschenrechtlerin Vreni Frauenfelder, welche die Schaffhauser Afghanistanhilfe aufgebaut hat und sich stark für den Aufbau von Mädchenschulen engagiert. Sima Samar selbst hat 1989 die Hilfsorganisation Shuhada gegründet, die Schulen und Spitäler für Tausende von afghanischen Frauen und Mädchen gebaut hat und noch immer baut. Sima Samar war

Vizeregierungschefin, bis sie nicht mehr genehm war – die Mächtigen im Lande, also die Taliban, die Warlords und die Stammesfürsten, die trotz aller demokratischen Anstrengungen das Land kontrollieren, die mögen sie nicht, wie Sima Samar sagt. Sie mögen sie so sehr nicht, dass sie sich in ihrer Heimat ausser Haus nur mit mehreren Bodyguards bewegen kann – Veranstaltungen, Konzerte, Versammlungen, das alles muss sie meiden. Sima Samar, deren Ehemann verschleppt und getötet wurde, ist eine Gefangene im eigenen Land und ist jüngst nur knapp einem Selbstmordattentat entgangen. Aber nicht darüber beklagt sich die engagierte Frau, sondern über die Situation ihrer Geschlechtsgenossinnen, die nach wie vor katastrophal ist, weil auch heute, unter der Regierung Karzai, die Mullahs, Warlords und Stammesfürsten das Sagen haben und weil sie dem Regierungschef wichtiger sind als die Frauen im Land. Frauen in Afghanistan werden noch immer im frühen Kindesalter verkauft und

verheiratet, sie werden von ihren Männern geschlagen und gefoltert. Über siebzig Prozent von ihnen sind Analphabetinnen, vor allem auf dem Land leben sie in Armut und Isolation. Die wenigsten finden in den drei Frauenhäusern Afghanistans Aufnahme und Schutz. Die Frauen im Parlament sind häufig Gattinnen mächtiger Männer. Während der Wahlen wurde mit gefälschten Frauenstimmen Schindluder getrieben, weil Frauen es gar nicht in die Stimmlokale schafften.

Die Demokraten stärken

Sima Samar sprach gestern, unterwegs zu einer Konferenz in Den Haag, vor den Studierenden der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen. Vorgestellt und befragt wurde sie vom Pädagogen Thomas Meier. Das Gespräch wurde in Englisch geführt, das Interesse der jungen Leute machte deutlich, dass sie sich vorbereitet hatten. Friede, sagte Sima Samar, wird nicht herbeigebombt. Sie hielt nicht hinter dem Berg mit Nachrichten, die selten bis in den Westen dringen: Warum, fragte sie, bombardiert man die Taliban nicht dann, wenn sie in der Wüste Krieg üben, sondern abends, wenn sie zu ihren Frauen und Kindern in die Dörfer zurückgekehrt sind? Auch das deutsche Bombardement in Kunduz traf arme Bauern, die Öl und Benzin aus den gestrandeten Tanks holen wollten, nachts, als die Taliban längst über alle Berge waren.

Auf die Frage, was der Westen denn tun könne, sagte Sima Samar: «Die internationale Gemeinschaft muss die demokratischen Kräfte in Afghanistan stärken. Sie muss ihre Unterstützung dem Volk geben, nicht den Mächtigen. Und sie soll ihr Geld in demokratisch organisierte Projekte stecken statt in korrupte Institutionen.» Sima Samars Hoffnung ruht auf den mutigen Frauen und Männern, die sich unter Lebensgefahr für jene Menschenrechte stark machen, die auf der Welt für alle gleich sein müssten.